



Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

17. Oktober 2012

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

seit meinem letzten Brief aus Berlin ist einiges passiert: So hat z. B. die SPD ihr Wahlkampfteam für das nächste Jahr bestimmt. Sigmar Gabriel unterstützt als Parteivorsitzender, Frank-Walter Steinmeier als Fraktionsvorsitzender und Peer Steinbrück ist unser Kandidat für das Kanzleramt. Es kam gerade über die Ticker, als ich mit Steinbrück und unserem Landrat Pit Schellhaas zum Frühstück im Abgeordnetenrestaurant des Bundestages saß.... Vorgestern war Peer Steinbrück in Pfungstadt und in Darmstadt und hat mit seinem Vortrag das Publikum der IHK-Veranstaltung begeistert. Ich hoffe und glaube, er wird in den nächsten zwölf Monaten nicht nur die SPD-Mitglieder begeistern, sondern auch die Mehrheit der Bevölkerung.

Steinbrück hat seine Nebeneinkünfte gemäß den Richtlinien des Bundestages korrekt offengelegt. Das bezweifelt niemand. Die Kritik ist, dass die **Regeln zu ungenau** sind. Das stimmt – aber die Verschärfung dieser Regeln hat Schwarz-Gelb 2010 abgelehnt.

Meine Auffassung war immer, dass es richtig ist, **genau** anzugeben, was man neben dem Abgeordnetenmandat als Erwerbseinkommen verdient. Denn natürlich müssen die Wählerinnen und Wähler wissen, von welchem Verband oder Unternehmen der Abgeordnete Geld erhält. Beschlüssen meiner Fraktion vorgehend habe ich auf meiner Facebook-Seite und auf meiner Website meine Nebeneinkünfte konkret dargestellt. Sie sind wie folgt: Monatlich 1.080,00 Euro als Justiziarin der SPD, 1.487,50 Euro im Politischen Beirat des Bundesverbandes Mittelständische Wirtschaft; macht 2.567,50 Euro abzüglich 42% Steuern = 1.509,16 Euro netto.

Mit freundlichen Grüßen aus einem sonnigen, aber kühlen Berlin

Euse / Ihre Brigitte Zypries

+++ Veranstaltungstipp+++

Brauchen wir eine Frauenquote?

Am 19.10. eröffne ich um 17 Uhr in Darmstadt die Veranstaltungsreihe „Politikerinnen im Gespräch der Akademie 55plus“ und spreche über das Thema „Braucht Deutschland die Frauenquote?“. Dabei spielen viele Themen eine Rolle, die gerade wieder aktuell sind: z.B. das umstrittene Betreuungsgeld, fehlende Krippenplätze, Vereinbarkeit von Beruf und Familie und sich ändernde Rollenbilder. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen! Weitere Informationen sowie das Anmeldeformular dazu lassen sich auf der Homepage der Akademie 55plus (aka55plus.de) finden.

Freitag, 19.10. um 17 Uhr, Vortragsraum der Akademie 55plus, Heidelberger Straße 69, Darmstadt.

Info und Anmeldung auch telefonisch: 01651/9515557



+++ Veranstaltungstipp +++

Benefiz-Klavierabend in Pfungstadt

Am Dienstag, 6. November, gibt der Pianist Julian Evans ein Benefizkonzert in der Säulenhalle des Historischen Rathauses Pfungstadt. Gespielt werden Werke von Maurice Ravel, Frédéric Chopin, Domenico Scarlatti und Alexander Scriabin. Der in Manchester geborene Evans studierte unter anderem bei Prof. Volkmann an der Musikhochschule Frankfurt und wurde bekannt durch seine Teilnahme an der Dudley International Piano Competition aus der er als jüngster Sieger der Geschichte hervorging. Seitdem konzertierte er u.a. in der Berliner Philharmonie, der Alten Oper Frankfurt und der Wigmore Hall London – und jetzt bei uns in Pfungstadt! Die Erlöse des Konzerts kommen dem Bürgerstift Pfungstadt zu Gute.

Einlass: 18.30 Uhr, Beginn: 19.00 Uhr, Eintritt: 12,00 €.

Ticketservice Pfungstadt: Eberstädter Straße 58, Tel: 06157/974201.

Energiewende und Strompreiserhöhung

Nun ist es amtlich: Im kommenden Jahr steigen in Deutschland die Strompreise. Im „Erneuerbare-Energien-Gesetz“ (EEG) ist festgelegt, dass Strom aus erneuerbaren Energien – also aus Sonne, Wind, Wasser und Biomasse – vorrangig in die Stromnetze eingespeist wird. Das ist eine wichtige Maßnahme, um den Ausbau dieser alternativen Energiequellen zu fördern. Die Produktionskosten für die Erzeugung des „Ökostroms“ sind allerdings höher als die von konventionell erzeugtem Strom - noch. Schließlich muss in neue Technologien investiert werden. Deshalb werden die Mehrkosten über die sogenannte „EEG-Umlage“ auf die Verbraucherinnen und Verbraucher umgelegt. Bislang waren das 3,6 Cent pro Kilowattstunde. **Die Umlage für Ökostrom wird jetzt erhöht, künftig zahlen Stromkunden pro verbrauchter Kilowattstunde 5,3 Cent. Das bedeutet, ein Haushalt mit einem Jahresverbrauch von 3.500 Kilowattstunden wird künftig ungefähr 60 Euro mehr im Jahr bezahlen müssen.**

Die SPD-Fraktion thematisiert die Energiewende jetzt erneut in einer „Großen Anfrage“ an die Bundesregierung. Denn die Energiepolitik der Bundesregierung treibt die Energiepreise nach oben. Ein Beispiel: **Industrieunternehmen, die sehr viel Strom verbrauchen, zahlen deutlich geringere Strompreise. Die Idee dabei ist, dass wir die Unternehmen im internationalen Vergleich wettbewerbsfähig halten wollen.** Das ist auch gut so – nur: Unter Rot-Grün waren ursprünglich 400 Betriebe von der EEG-Umlage befreit. Heute sind es doppelt so viele und für 2013 haben sogar über 2.000 Unternehmen einen Antrag auf Befreiung gestellt. Die stromintensive Industrie verbraucht 18 Prozent des Stromes in Deutschland und zahlt bereits jetzt nur 0,3 Prozent der Umlage. Logisch, dass dann die Privathaushalte und kleine und mittelständische Unternehmen draufzahlen. Ich finde das nicht in Ordnung. **Deshalb müssen wir überprüfen, welche Unternehmen tatsächlich im europäischen Wettbewerb stehen und auf die Vergünstigung angewiesen sind!**

Der Ärger über die Preiserhöhung hat jetzt leider auch zur Folge, dass die Gegner der Energiewende die Abschaffung des EEG fordern – oder gleich den Stopp der Energiewende. Das ist fatal – wir brauchen die Energiewende, denn wir müssen uns von fossilen Energieträgern unabhängig machen und den Klimawandel in den Griff kriegen. Aber: **Die Energiewende muss sozialverträglich und gerecht gestaltet werden. Menschen mit geringem Einkommen treffen Strompreiserhöhungen am härtesten – zum Beispiel Familien, die vorsichtig wirtschaften müssen oder Menschen, die von Grundsicherung leben. Dass diese Haushalte dafür zahlen, dass die Bundesregierung nach dem Gießkannen-Prinzip Ermäßigungen verteilt, geht nicht!**



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

*V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin*

*Fotos:
Madeleine Hintz (S. 2)
Jan Hintz (S. 3)*

Verbraucherthemen im Bundestag: Lebensmittelverluste und Dispo-Zinsen

In Deutschland werden jedes Jahr **11 Millionen Tonnen Lebensmittel von Industrie, Handel, Großverbrauchern und Privathaushalten weggeworfen!** Wir alle kennen das: Brot ist hart geworden, bevor es aufgegessen wurde, Joghurtbecher wandern ungeöffnet in den Müll... Auf jeder Stufe der Produktionskette gehen bei uns Lebensmittel verloren, vom Acker bis zum Teller. Und in anderen Teilen der Welt hungern die Menschen. **Es gibt viel zu wenig ausgewertete Daten zur Verschwendung von Lebensmitteln in Deutschland. Deshalb gibt es bisher auch keine wirksame Strategie dagegen.** In unserem gemeinsamen Antrag mit den Fraktionen von CDU/CSU, FDP und den Grünen fordern wir, wissenschaftliche Studien zur Reduzierung von Lebensmittelabfällen auszuwerten. Gemeinsam mit Landwirten, Herstellern, Handel, Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie der Zivilgesellschaft soll eine Strategie zur Reduzierung von Lebensmittelverschwendung erarbeitet werden. Vereinbarungen mit der Wirtschaft sollen Anreize zur Abfallreduzierung schaffen. Darüber hinaus sind Informations- und Aufklärungskampagnen für Verbraucherinnen und Verbraucher nötig. **Unser Ziel ist es, die Lebensmittelverluste bis 2020 zu halbieren.**

Ich glaube, das hat bestimmt jeder schon einmal erlebt – das Konto ist überzogen und zu dem ungu-ten Gefühl über die rote Zahl kommt noch das Wissen darum, dass sehr hohe Zinsen fällig werden. Das Forsa-Institut hat in einer Umfrage herausgefunden, dass **fast jeder vierte Kontoinhaber im ersten Halbjahr 2012 mindestens einmal sein Konto überzogen hat.** Eine gesetzliche Obergrenze für Zinssätze bei Kontoüberziehungen gibt es in Deutschland nicht. **Die Zinssätze für vereinbarte oder geduldete Kontoüberziehungen sind unverhältnismäßig hoch.** Das empfinden auch die Verbraucher: Vier von fünf Verbrauchern sagen, die Dispozinsen sind zu hoch - mit Recht! Diese Woche bringt die SPD zu diesem Thema einen Antrag in den Bundestag ein. **In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, die Zinssätze gesetzlich zu deckeln.** Für vereinbarte Überziehungen dürfen keine Kosten anfallen, die mehr als acht Prozentpunkte über dem Basiszinssatz liegen. Bei geduldeten Überziehungen sollen Banken verpflichtet werden, auf günstigere Kreditprodukte hinzuweisen. Zudem soll die Preistransparenz bei Überziehungskrediten verbessert werden. Außerdem wollen wir, dass die Bundesregierung dem Bundestag alle zwei Jahre über die Zinsentwicklung bei Kreditprodukten berichtet.